

Neugras-Verkauf

Am Samstag, 27. Juni, um 7 Uhr werde ich in der Wirtschaft Tangelder in Suderwid für Herrn W. B. Boland in Sport

1000 Ruten schweres Neugras, liegend im Schmitt, schlag, in Vargellen öffentl. meistbietend auf Kredit verkauft. Suderwid, 20. 6. 25. Venderbosch.

Suche in Bocholt ein Haus von 6-8 Zimmern zu kaufen oder zu mieten, mögl. mit Stallung; nehme auch Wirtschaft in Pacht. - Biete Tauschwohnung von 5 Zimmern in Oberhausen an.

Reise nach Ost. mündl. im Gasthof zum Rindenhof von 4-9 Uhr nachm. bei Joh. de Raat melden

Reisende erzielen täglich 20 bis 50 Mk. Nebenverdienst. Gebauer, Stettin, Allee 61.

en

en

en

en

en

en

en

en

en

en

en

en

en

en

en

en

en

en

en

Bocholter-Borkener

Volksblatt

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt. Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeisterämtern und Ämtern des Kreises Borken. Organ der Zentrumspartei. Rheder Volkszeitung. Geschäftsstelle: Bocholt, Koblstr. 6. Fernsprecher 92 und 97. Verlagsort: Münster (Westf.) 2. Anholt-Iselburger Zeitung.

Nr. 171

Mittwoch, den 24. Juni

1925

Vorbereitende Schritte zur Räumung des Ruhrgebietes.

Beschluß des französischen Ministerrates.

tu Paris, 23. Juni. (Tel.) Im heutigen französischen Ministerrat wurde beschlossen, in der nächsten Zeit mit den Vorbereitungen für die Räumung des Ruhrgebietes zum festgesetzten Zeitpunkt zu beginnen. Die Vorschläge des Ministerpräsidenten und des Außenministers hierfür wurden gebilligt.

Marshall Petain, begleitet von dem Generalinspektor der Artillerie, General Maurain, hat sich von Straßburg aus zur französischen Rheinarmee begeben, um mit dem Oberkommandierenden, General Guillaumat, die durch die Ruhräumung notwendige Umgruppierung der Besatzungsarmee zu besprechen. Die Inspektionsreise des Marshalls geht von Speyer nach Mainz und von dort aus voraussichtlich nach Trier. Ob der französische Marshall auch Düsseldorf und das Ruhrgebiet besuchen wird, ist fraglich.

Der vorstehend gemeldete Beschluß des französischen Ministerrats soll offenbar die politische Seite darstellen, die nach dem Pariser Berichterstatter der "Times" in Deutschland Befriedigung verursachen dürfte. Dazu ist festzustellen, daß dieser Beschluß nur als die pflichtgemäße Konsequenz aus der Tatsache angesehen werden kann, daß Deutschland den Dawes-Plan gewissenhaft erfüllt hat. Zur Räumung des Ruhrgebietes spätestens am 16. August haben sich Frankreich und Belgien durch ihre damaligen Ministerpräsidenten feierlich verpflichtet. Befriedigung würde es in Deutschland hervorzurufen haben, wenn sich die französische Regierung zur Räumung vor diesem Termin entschlossen hätte. Aber zu einer solchen Geste hat sie sich nicht aufzuschwingen vermocht. So wird immerhin die deutsche Öffentlichkeit auch damit zufrieden sein müssen, daß nach reichlich zweieinhalbjähriger Besetzung des Ruhrgebietes und zusammen damit auch die seit fünf Jahren besetzten Städte Düsseldorf und Duisburg-Ruhrort wieder frei werden sollen an einem Tage, über den hinaus das Verbleiben der französischen und belgischen Truppen angesichts der getreulichen Erfüllung des Dawes-Planes durch Deutschland ein Vertragsbruch sein würde.

Die unannehmbaren französischen Paktvorschläge.

Berlin, 23. Juni. (Drahtb. unseres Berliner Vertreters.) Die schweren Bedenken gegen die französischen Sicherheitsvorschläge (auf die wir bereits unmittelbar mit der Veröffentlichung der französischen Antwort und auch gestern noch hingewiesen haben) haben sich im Verlauf der bisherigen Verhandlungen innerhalb der Reichsregierung verschärft. In ihr nahestehenden Kreisen wird darauf hingewiesen, daß der von Frankreich aufrecht erhaltene Anspruch auf Sanktionen bzw. Sanktionen gegen Deutschland von jeher mit dem Versailler Vertrag nicht vereinbar gewesen sei und auch in Zukunft bleiben werde. Ferner müsse Deutschland für die freiwillige Anerkennung der Westgrenzen sowie für die von ihm angebotene Garantierung der entmilitarisierten Zone als Gegenleistung verlangen, daß die nach etwaigem Abschluß eines Sicherheitsvertrages völlig anders zu beurteilende Besetzung des Rheinlandes bei den kommenden Verhandlungen erörtert werde. Das Gleiche gelte von der Saar. Die französischen Vorschläge bezüglich der Disziplinarverträge, wobei Frankreich als Garant figurieren will, werden geradezu als Hohn auf den Völkerbund und seine Ziele empfunden. Gerade in denjenigen Kreisen, die an sich dem Völkerbund freundlich gegenüber stehen und für ihn eingetreten sind, wird darauf hingewiesen, daß die Vorschläge geeignet seien, den Völkerbund ganz über den Haufen zu werfen. Man geht in diesen Kreisen sogar soweit, daß man diesen Vorschlag Frankreichs als den schwersten Schlag empfand, der bisher gegen den Völkerbund geführt wurde.

Der deutsche Botschafter bei Briand.

tu Paris, 23. Juni. (Tel.) Der deutsche Botschafter von Goesch besuchte gestern am Quai d'Orsay Briand und hatte darauf mit dem französischen Ministerpräsidenten eine Aussprache über schwedende Fragen. Es wird ausdrücklich hervorgehoben, daß der Sicherheitspakt nicht Gegenstand der Erörterungen war.

tu Paris, 23. Juni. (Tel.) In der Unterredung des deutschen Botschafters von Goesch mit Außenminister Briand liegt eine halbamtliche Kabinote vor, in der gesagt wird, daß der Besuch des Herrn von Goesch völlig unerwartet kam. Im Rahmen einer allgemeinen Unterhaltung habe Botschafter von Goesch die Frage aufgeworfen, ob Frankreich zu einer Politik der Verständigung und der Entspannung gegenüber Deutschland bereit sei.

Briand habe nicht verfehlt, diese Zusage zu geben, wobei natürlich als Voraussetzung gelte, daß einer solchen Verständigung mit Deutschland die Achtung vor den bestehenden Verträgen zugrunde liege. Am Quai d'Orsay habe man den Eindruck, daß Briand die Garantieverhandlungen keineswegs abbrechen wünsche.

Englischer Ministerrat über die Paktfrage.

tu London, 23. Juni. (Tel.) Das englische Kabinett hat gestern Abend im Unterhaus eine Sitzung zur Erörterung der zu erhebenden auswärtigen Angelegenheiten abgehalten. Außenminister Chamberlain hat bei dieser Gelegenheit zum ersten Male seit seiner Rückkehr aus Genf mit seinen Kollegen die Paktfrage besprochen können. Der Außenminister bezeichnete dem Kabinett die Hauptlinien der Rede, die er morgen im Unterhaus vor der Debatte über den Sicherheitspakt halten wird.

Der Schlussbericht der Militärkontrollkommission.

Berlin, 23. Juni. (Drahtb. unseres Berliner Vertreters.) Die Materialsammlung zur Entwaffnungsnote ist jetzt fertiggestellt und der Öffentlichkeit übergeben worden. Die Zusammenstellung umfasst 159 Seiten, von denen die Hälfte auf den französischen und den deutschen Text entfällt. Die Sammlung registriert alle Schriftstücke, die zur Prüfung der Entwaffnungsfrage von Bedeutung sind. Zunächst enthält sie im Teil 1 die Kollektivnote der alliierten Regierungen vom 4. Juni. Im Teil 2 wird der vorausgegangene Notenwechsel zwischen der Reichsregierung und den alliierten Regierungen über die Räumung der Kölner Zone verzeichnet. Teil 3 gibt eine Zusammenstellung der in der Note vom 4. Mai angelegten Noten und Beschlüsse mit einem Anhang, der das benutzte Material enthält. Im Teil 4 sind die deutschen Beschlüsse und Verhandlungen über die Entwaffnungsfrage verzeichnet. Im Teil 5 sind die von der Interalliierten Militärkontrollkommission vom 4. Februar 1925, und in diesem Schlussbericht sind nähere Einzelheiten enthalten, die noch über den von Haas bisher veröffentlichten Auszug hinausgehen, die aber den ersten Gesamteindruck von den angeblichen deutschen Verfehlungen bestätigen, indem sie immer mehr herausstellen, daß in der Tat diese Verfehlungen in einem Maße aufgetaucht sind, die sich von der tatsächlichen Sachlage sehr weit entfernt. Als Rückschlüsse in der notwendigen Entwaffnung Deutschlands werden insbesondere die militärische Ausbildung der Jugend sowie Spezialkräfte der Truppen festgestellt. Die übermäßige Herstellung von Kleidungsstücken in Ostpreußen, die Wiederaufnahme der Lebensmittelverwaltung in Magazinen des unbesetzten Deutschlands werden als besondere Rückschlüsse hervorgehoben. Als hauptsächlichster Rückschlüssel in der Entwaffnung werden Neubauten an der Rüste, Änderungen in der Befestigung Ostpreußens und die Schaffung einer Servitutzone auf der Insel Nordsee erwähnt. Am Schluß des Kontrollberichts werden die Verfehlungen gegen die Entwaffnung, die noch abzustellen sind, zusammengefaßt. Diese Zusammenfassung bringt in gedrängter Form die Verfehlungen, die im Hauptteil des Berichtes bereits eingehend erwähnt worden sind.

Die Pariser Wirtschaftsverhandlungen.

tu Paris, 23. Juni. (Tel.) Staatssekretär Dr. Trendelenburg hatte gestern Abend eine lange Aussprache mit dem Handelsminister Chaumet über den Fortgang der deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen. Das Gespräch dehnte sich bis nach Mitternacht aus. Die Schwierigkeiten, die in dieser Beziehung erneut zum Ausdruck gekommen sind, liegen nicht nur in der Kürze der Frist bis zu den Parlamentsferien, sondern vor allem auch in der Materie selbst. Der erste Wille beider Teile aus diesen Schwierigkeiten einen Ausweg zu finden, tritt erneut zutage. Weitere Sitzungen und Besprechungen werden in den nächsten Tagen folgen.

Wiedertehr der Großen Koalition in Preußen?

Berlin, 23. Juni. (Drahtb. unseres Berliner Vertreters.) Die Frage der Regierungserweiterung in Preußen, in der der Versuch der Umbildung der preussischen Regierung an der Haltung der Deutschnationalen bis auf weiteres gescheitert ist, ist in den letzten Tagen zwischen dem Zentrum, der Deutschen Volkspartei, den Sozialdemokraten und den Demokraten wieder aufgenommen worden. Man nimmt an, daß bei der Haltung der Deutschnationalen zunächst die Regierungsumbildung in Preußen auf der Grundlage der Großen Koalition stattfinden soll. Die Zentrumsfraktion des preussischen Landtages hat sich heute erneut mit der Frage beschäftigt und kam zu dem Ergebnis, daß sie an ihrem, die Regierungsumbildung in Preußen betreffenden Beschluß vom 9. Juni unverändert festhält und nach wie vor der Auffassung ist, daß die Umbildung der preussischen Regierung mit der größten Beschleunigung betrieben werden müsse. Die Fraktion hat ihre Unterhändler beauftragt, in diesem Sinne die begonnenen Verhandlungen weiterzuführen.

Der schwere Kampf um die Zollvorlage.

Erlebigung der Zollvorlage noch vor den Ferien?

Berlin, 23. Juni. (Drahtb. unseres Berliner Vertreters.) Der Arbeitsplan des Reichstages war heute erneut Gegenstand einer Aussprache im Aulastentrat des Reichstages. Dieser kam nach einer eingehenden Erörterung zu dem Beschluß, entgegen einer Anregung der Sozialdemokraten, den Reichstag bereits am 4. Juli zu vertagen und die Inangriffnahme der Zollvorlage bis zum August hinauszuschieben, an seinem früheren Beschluß festzuhalten, wonach der Reichstag bis zum 18. Juli zusammenbleibt und bis zu diesem Datum verfahren soll, neben der Steuer- und Aufwertungsvorlage auch die Zollvorlage endgültig zu verabschieden. Es soll in dieser Zeit nur eine kurze Pause vom 28. Juni bis zum 1. Juli gemacht werden.

Die Zollvorlage wird in der ersten Sitzung am Mittwoch und Donnerstag beraten werden. Vom Zentrum wird voraussichtlich der Abgeordnete Blum sprechen; im Falle seiner Verhinderung der Abgeordnete Perlitz; von den Sozialdemokraten spricht der Abgeordnete Wessel und für die Demokraten Dr. Meyer. Die übrigen Fraktionen haben ihre Redner noch nicht genannt.

Der Reichsparteivorstand des Zentrums trat wie vorgesehen heute zu einer Tagung in Berlin zusammen. Zur Beratung standen neben anderen Fragen die Zollvorlage, die Aufwertungsfrage und Preisfragen. Auch die Frage der Regierungsumbildung wurde erörtert. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Es ist vielmehr damit zu rechnen, daß die Beratungen, die bis zu den letzten Reichstagsferien noch fortgesetzt wurden, morgen wieder geführt werden.

Berlin, 23. Juni. (Drahtb. unseres Berliner Vertreters.) Der Schicksal der Zollvorlage ist heute in noch einem was bisher darüber in parlamentarischen Kreisen verlautet, noch völlig ungewiß. Wenn auch der Aulastentrat des Reichstages an seiner Absicht festhält, die Schutzvorlage nach dem vorgesehenen Arbeitsplane bis zum 18. Juli neben den Steuergesetzen und der Aufwertungsfrage zur Verabschiedung zu bringen, so wird man mit gutem Rechte wenigstens einwenden, daß diese Absicht zu verwirklichen, ob es dem Reichstage gelingen wird, diese Absicht zu verwirklichen. Tatsache ist jedenfalls, daß man bis auf den heutigen Tag weder innerhalb der die Reichsregierung stützenden Parteien und noch viel weniger zwischen diesen Parteien selbst zu einer Verständigung über eine ganze Reihe schwerwiegender Meinungsverschiedenheiten gelangt ist. Die Fraktionen haben sich in den letzten Tagen mehrfach sowohl in Besprechungen unter sich, als auch in solchen mit der Reichsregierung über die Zollvorlage beschäftigt. Zu einem Abschluß sind aber diese Verhandlungen noch nach keiner Richtung hin gekommen. Es läßt sich auch gar nicht erkennen, auf welcher Grundlage eine Verständigung zu erzielen sein wird. Es wäre wohl anzunehmen, daß die erste Lesung der Zollvorlage im Reichstage reibungslos verläuft, die Schwierigkeiten aber werden sich zeigen, so daß die Vorlage dem Ausschusse zur weiteren Beratung überwiesen sein wird. Dort erst wird es sich ergeben, ob und welche Anlässe für eine Verständigung zwischen den einstweilen nur noch auseinanderstrebenden Ansichten der einzelnen Regierungsparteien vorhanden sind.

Die Zollvorlage wird voraussichtlich am Donnerstag dem Ausschusse übergeben werden, in dem sie sofort beraten werden soll. Der Montag, Dienstag und Mittwoch der nächsten Woche sollen, wie bereits an anderer Stelle gemeldet, von Plenarsitzungen freibleiben, um eine möglichst gründliche Beratung des Ausschusses sicherzustellen. Am Donnerstag wird das Plenum dann wieder zusammentreten.

Inzwischen bereitet sich bei den Linken die Abhaltung eines gemeinschaftlichen Vorgehens gegen die Zollvorlage vor. Der „Vorwärts“ hat in den letzten Tagen mehrfach Andeutungen gemacht über ein Zusammengehen der Sozialdemokraten und der Kommunisten. Die wiederholten Mahnungen dieses Blattes und die Einwirkungen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion sind anscheinend bei den Kommunisten nicht ohne Erfolg geblieben. Es verlautet, daß diese sich jetzt zu einer Änderung ihrer parlamentarischen Taktik entschlossen und der Sozialdemokratie ein gemeinsames Vorgehen für die nächste Zeit vorgeschlagen haben, und zwar soll der Kampf gegen die Schutzvorlage auch durch außerparlamentarische Machtmittel des Proletariats - Massendemonstrationen und Demonstrationen - unterstützt werden. Ob die Sozialdemokraten auf einen solchen Vorschlag der Kommunisten eingehen werden, wird sich erst zeigen müssen. Man wird das aber einstweilen bezweifeln dürfen. Dagegen steht fest, daß die Sozialdemokratie zur Anwendung der schärfsten parlamentarischen Mittel im Kampfe gegen die Schutzvorlage bereit ist. Sie wird, wie man hört, auch dann bei den Kommunisten Unterstützung finden, wenn deren Vorschlag, durch Demonstrationen und Streiks gegen die Schutzvorlage vorzugehen, abgelehnt wird. Man wird sich nach alledem darauf gefaßt machen müssen, daß

Die Linke im Reichstage den Kampf gegen die Schutzvorsorge mit den schärfsten Mitteln ausfechten wird. Schon allein diese Tatsache ist nicht dazu angetan, die Aussichten auf eine schnelle Erledigung der Schutzvorsorge zu verbessern.

In der heutigen Reichstags-Sitzung machte sich die Obstruktion der Sozialdemokraten schon sehr fühlbar bemerkbar. Bei den Abstimmungen wurde fast jedes Mal eine namentliche Abstimmung von dem Sozialdemokraten Dr. David beantragt, wodurch naturgemäß die Verhandlungen in die Länge gezogen wurden. Man kann sich also ungefähr ein Bild machen, wie die Plenarsitzungen bei der Beratung über die Zollvorsorge und ihrer Einzelpositionen verlaufen werden.

Verlängerung der Pachtordnung bis 1927.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 23. Juni. (Tel.)

In der ersten Beratung des Gesetzentwurfes über den deutsch-schwedischen und den deutsch-finnischen Schiedsgerichts- und Vergleichsvertrag spricht

Abg. Schilling (Dem.) im Namen der interparlamentarischen Union seinen Dank für die durch solche Verträge geleistete Arbeit für den Rechtsfrieden in der Welt aus. Solche Verträge seien in den letzten 15 Monaten 29 in Europa allein 23 abgeschlossen worden. Die heute vorliegenden Verträge müsse man als gute Verträge anerkennen.

Abg. Dr. Treitschke (Soz.) bemängelt, daß bei dieser Debatte kein Vertreter des Auswärtigen Amtes zugegen sei und daß im Vertrag mit Schweden klar die Ratifikation durch den schwedischen Reichstag, aber nicht durch den deutschen Reichstag vorgesehen sei. Im übrigen werde auf Grund des Memorandums vom 9. Februar und der französischen Antwortnote noch ausführlich über das Thema Schiedsgerichtsverträge zu sprechen sein.

Die Vorlage wird an den Auswärtigen Ausschuss überwiesen.

Es folgt die zweite Beratung des von dem Sozialdemokraten Müller-Franken und Genossen eingebrachten Gesetzentwurfes zur Verlängerung der Dauer der

Erwerbslosenunterstützung im besetzten Gebiet.

Der Ausschuss für soziale Angelegenheiten ist auf Grund der Regierungsvorlage zu einer Ablehnung des beantragten Gesetzentwurfes gelangt, beantragt aber eine Entschließung, in der die Regierung ersucht wird, ihrerseits die Erwerbslosenunterstützung im besetzten Gebiet fortzusetzen, insbesondere die Dauer der Unterstützung über 26 Wochen hinaus bis auf ein Jahr zu verlängern, für öffentliche Aufträge und Hilfsarbeiten im besetzten Gebiet Sorge zu tragen und darauf hinzuwirken, daß auch die Gemeinden des besetzten Gebietes den Arbeitslosen eine wirksame Fürsorge zuteil werden lassen.

Abg. Kirchmann (Soz.) schildert eingehend die Verhältnisse des Arbeitsmarktes im besetzten Gebiet. Im Reich seien auf tausend Köpfe 4,8 Erwerbslose, im besetzten Gebiet dagegen 9,8. In verschiedenen Kreisen steigt diese Ziffer sogar bis auf 43. Das Reich habe bei Beginn des Ruhrkampfes die Verantwortung für Entschädigungen übernommen, diese Verpflichtung aber nicht erfüllt. Die sozialdemokratische Partei verlange eine gesetzliche Regelung.

Abg. Elzer (Frp.) Die außerordentliche Notlage im besetzten Gebiet ist auch uns bekannt. Seit dem 10. April habe sich das Verhältnis der Erwerbslosen im besetzten Gebiet wesentlich geändert. Für die Verlängerung der Erwerbslosenunterstützung bis zu einem Jahre sind die entsprechenden Verfügungen vom Arbeitsminister bereits ergangen. Wir sind auch immer für die Beschaffung von öffentlichen Aufträgen für die Hilfsarbeiten zugunsten der Erwerbslosen gewesen. Die wiederholten Ermahnungen dazu werden hoffentlich Erfolg haben. Für die Fürsorge der Länder und Gemeinden sind die erforderlichen Schritte vom Arbeitsminister bereits eingeleitet worden. Die Regierung muß ihre Verpflichtungen, die sie bei der Jahrtausendfeier gemacht hat, auch auf diesem Gebiete erfüllen.

Von den Sozialdemokraten ist inzwischen ein Antrag auf namentliche Abstimmung über die Entschließung des Ausschusses eingebracht.

Abg. Weber (Komm.) verlangt gleiche Behandlung der Erwerbslosen im besetzten Gebiet wie im übrigen Reich und beantragt, daß die Erwerbslosenunterstützung nicht nur bis zum 31. Dezember 1925, sondern auf die Dauer der Erwerbslosigkeit ausgedehnt werde.

Abg. Ziegler (Dem.) spricht sich in erster Linie für den Gesetzentwurf der Sozialdemokraten, eventuell auch für die Entschließung des Ausschusses aus.

Abg. v. Dryander (DN.) empfiehlt die Entschließung des Ausschusses.

In namentlicher Abstimmung wird der Ausschussantrag, den sozialdemokratischen Antrag abzulehnen, mit 199 gegen 158 Stimmen angenommen, der Antrag der Kommunisten wird abgelehnt, die Entschließung des Ausschusses wird mit großer Mehrheit angenommen.

Es folgt die 2. Beratung der von den Sozialdemokraten und Demokraten eingebrachten Gesetzentwürfe auf

Abänderung der Pachtordnung.

Die Anträge zielen darauf hin, die Pachtordnung vom 9. Juni 1920 in verschiedenen Punkten abzuändern, um den Schutz der kleinen Pächter zu stärken. Der Ausschuss für Wohnungswesen hat für diese Entwürfe eine andere Fassung beschlossen.

Abg. Dr. David (Soz.) bemerkt, daß der Schutz der kleinen Bauern vor einer Verdrängung der Pacht durch den Verpächter und vor Vertreibung von Haus und Hof verstärkt werden müsse. Die Verhältnisse der kleinen Pächter erforderten es, daß eine längere Geltungsdauer der Pachtordnung vorgesehen werde, als der Ausschuss vorschlägt.

Abg. Domagala (DN.) führt dagegen aus, daß die Pachtordnung bald wieder aufgehoben werden müsse, weil das durch wieder normale Verhältnisse im Pachtwesen geschaffen werden könnten. Nicht nur der Kleinpächter befindet sich in wirtschaftlicher Notlage, sondern auch der Verpächter.

Abg. Wilkens (Frp.) macht darauf aufmerksam, daß die Beschlüsse des Ausschusses mit Einmütigkeit gefaßt worden seien, daß sich die Parteien dann aber nicht daran gehalten, und mit neuen Anträgen gekommen seien. Infolgedessen habe sich seine Partei auch nicht an die Ausschussbeschlüsse gebunden, zustimmen könne sie der Verlängerung der Pachtordnung bis 1927.

Abg. Westermann (DN.) stellt sich grundsätzlich auf den Standpunkt des freien Verkehrs und bemerkt, daß selbst die kleinen Bauern eine Aufhebung der Pachtordnung wünschen, damit sie wieder in den Besitz ihres eigenen verpachteten Landes gelangen könnten. Vorläufig werde aber seine Partei nicht für die Verlängerung der Pachtordnung auf 2 Jahre stimmen.

Abg. Künneburg (Dem.) setzt sich entschieden für die kleinen Pächter ein und fordert eine dauernde Pachtordnung.

Abg. Herberich (Bayer. W.) stimmt der Verlängerung der Pachtordnung auf zwei Jahre zu, widerspricht aber ihrer Verewigung.

Abg. Weidenhöfer (Dpfl.) tritt für einen schleunigen Abbau der Pachtordnung ein. — Damit schließt die Aussprache.

Auf Antrag des Zentrums wird einstimmig beschlossen, daß die Verlängerungsmöglichkeit für Pachtungen unter 10 Hekt. sich auch auf Sammelpachtverträge erstreckt soll, wenn der einzelne Pächter nicht mehr als 10 Hekt. bewirtschaftet. In

Die Marokko-Debatte in der französischen Kammer.

Die Rede Painlevés.

tu. Paris, 23. Juni. (Tel.) Zu Beginn der Aussprache über Marokko in der heutigen Kammer-Sitzung berichtete Ministerpräsident Painlevé eingehend über die Vorgänge an der marokkanischen Front. Er betonte, daß Frankreich die militärischen Operationen erst begonnen habe, nachdem festgestellt worden sei, daß größere Mengen Rüstungen durch die Grenzschleusen am oberen Marokka eingebracht worden. Frankreich sei zum militärischen Vorgehen gezwungen worden und müsse den Krieg unter allen Umständen weiterführen. Das geringste Nachgeben würde den Gegner ermüden und als Schwäche ausgelegt werden. Die Räumung des von den Riffleuten beanspruchten Gebietes würde eine Räumung aller nordafrikanischen Besitzungen und einem Blutbade unter den Franzosen in Nordafrika gleichkommen. Die französische Regierung sei stets über Abd el Krim's Absichten und Pläne unterrichtet gewesen. Der Führer der Riffleuten sei mehr als einmal darauf hingewiesen worden, daß Frankreich mit ihm freundschaftliche Beziehungen unterhalten und ihm bei der Aufnähmung von Handelsbeziehungen mit den Einwohnern der fruchtbaren Ebenen beistehen wolle. Alle Vorschläge seien stets so gehalten worden, daß die spanischen Interessen in Marokko nicht beeinträchtigt werden konnten. Painlevé verlas einige Schriftstücke, über inoffizielle Verhandlungen mit Abd el Krim und betonte, daß die schriftlichen und mündlichen Verhandlungen bei den Riffleuten nicht den Eindruck erwecken konnten, als ob Frankreich den Frieden aus Furcht vor einem Kriege mit den Riffleuten wünsche.

Painlevé erklärte weiter, daß Abd el Krim die Absicht noch nicht aufgegeben habe, den heiligen Krieg auszurufen. Ein Zurückweichen vor den Aufständischen würde wohl einen Waffenstillstand herbeiführen, doch im einzelnen die Lage in Afrika verschärfen. Painlevé erinnerte an die Worte Sinowjews, daß der heilige Krieg in Marokko die Stellung der Sowjets festigen müsse. Der kommunistische Abgeordnete Doriot hätte durch verschiedene Mitteilungen an Abd el Krim Verrat begangen. Der Ministerpräsident schilderte dann die kommunistische Propaganda in Frankreich, vor allem in den Hafenstädten. Alle Kriegstransporte nach Marokko sollten verhindert werden. Die Lage Abd el Krim's sei durch das Vorgehen der Kommunisten gänzlich beeinflusst worden. Die Vertreter der Arbeiterklasse hätten nicht das Recht, in der ernsten Situation, in der sich Frankreich befinde, die Regierung in die Irre zu führen. Es handle sich bei der Marokkofrage um eine nationale Angelegenheit, zu deren Lösung die Regierung das Vertrauen der ganzen Nation haben müsse. Frankreich müsse bei diesem Werke der Zivilisation einig bleiben. Painlevé erbat zum Schluß, indem er sich besonders an die Sozialisten wandte, die Billigung der Marokkopolitik.

Nach der Rede des Ministerpräsidenten, die ihm den Beifall der Rechten, des Zentrums, der Linken und eines Teiles der Unzufriedenen einbrachte, beschloß die Kammer, sofort in die Beratung der Interpellationen einzutreten. Die Kommunisten, die in ihrer Interpellation für Doriot eintraten, lobten die russische Zivilisation gegenüber dem westeuropäischen Kapitalismus. Oberst Bicot sprang erregt auf. Auf der Tribüne entstand große Unruhe. Doriot faßte den Oberst Bicot und schlug auf ihn ein. Bicot erwiderte die Schläge. Mehrere Abgeordnete verließen die Sitzende, um einander zu bringen. Kammerpräsident Herriot vertagte hierauf die Sitzung.

Nachdem die Ruhe wiederhergestellt war, eröffnete der Kammerpräsident die Sitzung wieder. Der Abgeordnete Doriot begründete seine Interpellation. Er nahm für seine Partei das Recht, unter den Eingeborenen Afrikas wie unter den Mitgliedern aller anderen Parteien zu agitieren, in Anspruch und sagte, der Marokkofeldzug sei bei der Arbeiterklasse und unter den Soldaten unpopulär; die Generalresidenz

namentlicher Abstimmung wird mit 219 gegen 147 Stimmen beschlossen, daß von der Befugnis, einen solchen Vertrag zu verlängern, kein Gebrauch gemacht werden darf, wenn durch Verstoßung des zur Arbeit Verpflichteten ein wichtiger Grund zur Kündigung des Arbeitsverhältnisses vorliegt. Ein sozialdemokratischer Antrag, die Befristung der Pachtordnung überhaupt zu streichen und sie dauernd zu machen, wird mit 219 gegen 146 Stimmen abgelehnt. Die Verlängerung bis zum 30. September 1927 wird angenommen. Auf Antrag Künneburg (Dem.) wird mit 185 gegen 180 Stimmen bei zwei Enthaltungen beschlossen, daß alle Verträge, auch die nach dem 1. März 1924 geschlossenen, unter das Gesetz fallen sollen. Durch Ausschluß wird bei Stimmengleichheit mit 176 gegen 176 Stimmen beschlossen, trotzdem noch über einen Antrag Henning (Dpfl.) abzustimmen, wonach Pachtverträge, die nach Reichswährung abgeschlossen sind, nicht unter die Pachtordnung fallen. Die Abstimmung ist namentlich und ergibt 190 gegen und 172 für den Antrag. Er ist also abgelehnt. Die Vorlage wird in zweiter Lesung erledigt.

Das Haus vertagt sich auf Mittwoch, 2½ Uhr nachmittags. Erste Lesung der Zollvorlage. Schluß der heutigen Sitzung 8.20 Uhr.

Reichspost und Straßenunterhaltung.

tu. Berlin, 23. Juni. (Tel.) Der Steuerauschuß des Reichstages beriet am Dienstag den Gesetzentwurf über das gegenseitige Besteuerungsrecht des Reiches, der Länder und der Gemeinden. Es entspann sich eine Aussprache darüber, ob die Deutsche Reichspost nicht als Grundeigentümerin zu Beiträgen herangezogen werden könne. Es wurde folgender Antrag fälschlicherweise angenommen: Die Länder und Gemeinden können die Reichspost zu denjenigen Abgaben, welche ganz oder zum Teil für die Unterhaltung der öffentlichen Wege verwendet werden, heranziehen. Diese Abgaben dürfen nicht für Fahrten, die lediglich postfaktischen Zwecken der Brief- und Paketbeförderung dienen, erhoben werden.

Das Weserunglück vor Gericht.

tu. Minden, 23. Juni. (Tel.) Am heutigen zweiten Verhandlungstage des Prozesses wegen des Manöverunglücks auf der Weser sollen 38 Zeugen vernommen werden. Es sind vorwiegend Infanteristen und Pioniere aus Minden, Detmold und Bielefeld, die an der Unglücksfahrt teilgenommen haben. Zunächst wird die Frage einer Ortsbefichtigung angeschnitten. Der Vorsitzende schlägt vor, am Mittwoch oder Donnerstag auf einer großen Fähre in Westheim eine Ueberfegung vornehmen zu lassen. Verteidiger und Staatsanwalt hielten eine Ortsbefichtigung nicht für erforderlich und empfahlen die Befichtigung einer solchen Fähre in Minden vorzunehmen. Der Reichswehrkommandeur erklärte sich bereit, eine solche Fähre zur Verfügung zu stellen, nachdem der Reichswehrminister die Erlaubnis erteilt habe. Das Gericht wird über die Frage noch beschließen.

Die dann vernommenen Zeugen gaben Auskunft über das Verhalten der Mannschaften in der Fähre, die sich, als der Schreckensruf „Wasser im Boot“ ertönte, unruhig bewegten und die Fähre dadurch zum Sinken brachten. Im weiteren Verlauf der Verhandlungen berichtete der Zeuge Amtsgerichtsrat Wiedehorst-Wotho über die Verlegung der Fähre. Gebrochene Balken seien nicht festzustellen gewesen.

in Marokko sei für den Krieg verantwortlich. Der Ministerpräsident widerspricht. Doriot verliest unter dem Lärm der Rechten den Brief des Kabinettschefs des Marshalls Lyautey an Lyautey's Nefen in Paris, der abhandeln gekommen war und in dessen Wortlaut Lyautey verurteilt hätte, den Beweis zu liefern, daß ein Krieg berechtigt sei. Nach Doriot's Rede vertagte sich die Kammer auf 9.30 Uhr.

Die Abstimmung der französischen Sozialisten.

Zur Hälfte gegen, zur Hälfte für Fortsetzung der Unterstützung des Kabinetts Painlevé.

tu. Paris, 23. Juni. (Tel.) Das Ergebnis des sozialistischen Referendums ist folgendes: Antrag Comptore Morel (gegen weitere Unterstützung) 62 Stimmen, Antrag Renaudel (nur für zeitweilige Unterstützung) 49 Stimmen, Antrag Vincent Aurioi (für weitere Unterstützung) 12 Stimmen. Die Anhänger der Richtung Aurioi haben jedoch, als das Abstimmungsergebnis bekannt wurde, erklärt, daß sie dem Antrag Renaudels beistimmen, so daß dieser 61 Stimmen erhalten hat. Es sollen noch 10 Stimmen ausstehen, und da andererseits eine Ueberprüfung des Abstimmungsergebnisses für heute nachmittags beschlossen wurde, wird offiziell das Referendum erst heute abend zu Ende geführt.

w. Paris, 23. Juni. (Drath.) Die sozialistische Kammerfraktion beschloß sich in ihrer heutigen Sitzung weiter mit der Haltung, die sie bei der heute nachmittags in der Kammer stattfindenden Debatte über die Marokkopolitik der Regierung einnehmen soll. Es wurde beschlossen, daß die Fraktion die Regierungserklärung abwarten und dann eine Unterbrechung der Sitzung fordern soll, um in der Fraktions-Sitzung eine einstimmige Haltung der Kammerfraktion herzustellen.

w. Paris, 23. Juni. (Drath.) Die sozialistische Fraktion beschloß heute mit den Schlußfolgerungen, die aus dem Referendum zu ziehen seien. Wenn Einstimmigkeit über diese Schlußfolgerungen nicht erzielt wird, ist wahrscheinlich, daß die Zusammenberufung des Nationalrates der Partei beschlossen wird.

w. Paris, 23. Juni. (Drath.) Wie Havas berichtet, soll im Verlaufe einer während der Unterbrechung der Kammer-Sitzung abgehaltenen Fraktions-Sitzung der Sozialisten sich ergeben haben, daß ein Teil der Fraktion geneigt ist, der Regierung die Unterstützung in der Marokkofrage zu gewähren. Ein anderer ebenso starker Teil der Fraktion sei geneigt, sich der Stimme zu enthalten.

Das französisch-spanische Blockadeabkommen unterzeichnet.

tu. Paris, 23. Juni. (Tel.) Wie aus Madrid gemeldet wird, ist gestern das französisch-spanische Abkommen zur Ueberwachung der Marokkopolitik unterzeichnet worden. Die Kriegsschiffe beider Länder werden diese Maßnahme gemeinsam durchführen, doch bleibt der Oberbefehl geteilt. Die Ueberwachung wird sich auf die Einfuhr von Waffen und Kriegsmaterial nach Marokko, sowie auf die strikte Beobachtung der internationalen Bestimmungen und des Reglements beziehen, nachdem der Zugang zu den marokkanischen Küsten nur durch die Handelschiffe erlaubt wird. Die französischen und spanischen Kriegsschiffe dürfen die dem Handel offenstehenden Häfen Marokkos und Spaniens, bzw. Tunis zur Aufnahme von Kohlen und Proviant anlaufen.

Die Fährte müsse sich beim Abtreiben gedreht haben. Als der Zeuge die Aussage Kellers erläutern will, protestiert R.-M. Müller dagegen, daß der Zeuge irgend welche Werturteile abgebe und ersucht um Protokollierung für die zweite Instanz. Oberst Stobbe-Berlin teilt mit, daß die Verhinderung der Fährte mit Mannschaften am Ufer wohl gefaßt sei, dagegen nicht die Ueberfahrt mit Mannschaften.

Die Verhandlungen wurden darauf auf morgen früh 8 Uhr vertagt.

Die Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie.

tu. Köln, 23. Juni. (Tel.) Der Reichsverband der deutschen Industrie trat heute in Köln zu einer dreitägigen Tagung unter dem Vorsitz von Geh. Rat Dr. Duisberg zusammen. Es fanden heute Sitzungen des Vorstandes und des Präsidiums statt. Aus ganz Deutschland sind die Vertreter der deutschen Industrie eingetroffen. Mehr als 3000 Ehrengäste haben ihre Ercheinung angekündigt. Unter anderen erwartet man Reichsaußenminister Dr. Stresemann, Reichswirtschaftsminister Dr. Neuhaus, Reichsbankpräsident Dr. Schacht, den badiischen Staatspräsidenten Dr. Hellpach, Oberbürgermeister Dr. Jarres, den preussischen Handelsminister Dr. Schreiber und zahlreiche Vertreter der Behörden. Der Geschäftsführer des Reichsverbandes, Dr. Herle, behandelte in der heutigen Sitzung die Frage der Mindestgrenze der Kapitalien der Gesellschaften mit beschränkter Haftung und der Aktien-Gesellschaften. Geheimrat Dr. Kahl machte Mitteilung über den Stand der Arbeiten des Sonderauschusses für die Aufstellung eines Wirtschaftsorgans.

Markt- und Frankenschlußnotierungen.

h. Newyork, 23. Juni. (Funkspruch.) Schlußkurs der Markt 23.80. 100 Franken gleich 4.68½ Dollar.

Raumnotierungen.

h. Bremen, 23. Juni. (Eig. Drath.) Schlußnotierungen: Juli 25.47—25.30, Sept. 25.47—25.30, Okt. 25.10—25.06, Dez. 25.08—25.03, Jan. 24.94—24.86, März 25.09—25.06, Mai 25.18 bis 25.12.

h. Liverpool, 23. Juni. (Funkspruch.) Umfah 6000, Import 13.200, Export 20.000. Schlußnotierungen: Loco 13.51, Juni 12.89, Juli 12.82, Aug. 12.70, Sept. 12.59, Okt. 12.45, Nov. 12.38, Dez. 12.36, Jan. 12.33, Febr. 12.34, März 12.37, April 12.37, Mai 12.38.

h. Newyork, 23. Juni. (Funkspruch.) Tendenz: Raum stetig. Schlußnotierungen: Loco 24.20, Juli 23.44—23.47, Aug. 23.42—23.42, Sept. 23.40—23.40, Okt. 23.37—23.41, Dez. 23.58 bis 23.60, Jan. 23.06—23.18, März 23.35—23.35, April 23.45 bis 23.45, Mai 23.55—23.60. Zufuhren: Atlantik 2000, Inland — Golf 2000, Frankreich 1000.

Getreidenotierungen.

h. Chicago, 23. Juni. (Funkspruch.) Schlußnotierungen: Weizen Juli 155.5, Sept. 154, Dez. 155.375, stetig; Mais: Juli 105, Sept. 105.875, Dez. 88.5, stetig; Hafer: Juli 47.375, Sept. 48.5, Dez. 50.875, kaum stetig; Roggen: Juli 100.75, Sept. 109, Dez. 111, stetig.

Infolge neuer postalischer Vorschriften müssen die Anmeldungen für den Zeitungsbezug **früher** wie bisher erfolgen. Wir bitten daher unsere Postbezieher, die nicht beim Briefträger bestellt haben, solches noch heute in unserer Geschäftsstelle, Robellstraße 6, zu besorgen.

Zins der Heimat.

Bodolf, den 24. Juni 1925.

g. A. A. V. „Westfalia“. Vortrag im Gesellschaftsraum. Es sei an dieser Stelle nochmals hingewiesen auf den heute Abend 8.00 Uhr im Gesellschaftsraum stattfindenden Vortrag, Herr Substant herweg-Greif wird über das Thema sprechen: „Ist die katholische Kirche und ihre Organisation zukunftsfähig?“ Es ist wohl zu erwarten, daß die Mitglieder mit ihren Angehörigen vollständig erscheinen. Auch alle Freunde und Gönner des Vereins sind zum Besuch des Abends eingeladen.

3. **Kath. Kreuzbündnis.** Das Ortskartell Bocholt im Kath. Kreuzbündnis feiert am kommenden Montag, am Feste Peter u. Paul, im Arbeiterverein St. Josef sein Stiftungs-Patronschaftsfest. Morgens 7,15 Uhr ist gemeinsame hl. Kommunion in St. Josef. Nachmittags 5 Uhr findet im Anschluss an die Andacht im Vereinshaus St. Josef eine Festversammlung statt, in der Herr Kanonikus Bergmannshoff die Festrede halten wird. Auch Freunde und Gönner sind herzlich willkommen. (Siehe Inserat).

3. **Freiw. San.-Kolonne.** Am kommenden Freitag findet der letzte Unterricht der Kolonne mit Abschlussprüfung im „Lehrerzug“ statt. Die Mitglieder treten 7.45 Uhr Abends am Gerätehaus am Gasthausplatz an. Nachher findet noch eine Besprechung über die Beteiligung des am 5. Juli in Dinslaken stattfindenden Kolonnenfestes statt.

3. Sauerländischer Gebirgsverein, Ortsgruppe Bocholt. Heute Abend veranlasst der Wanderverein Bocholt (Abteilung des S. G. V.) seine Sonnenwendfeier, verb. mit Johannisfeuer. Die Mitglieder der teilnehmenden Vereine ver sammeln sich um 7,30 Uhr auf dem Sportplatze an der Kaiser-Friedrichstraße. (Siehe Inserat).

2. Ausbau der Burggrafenstraße. Augenblicklich ist man mit dem Ausbau der Burggrafenstraße beschäftigt. Nachdem die Straße zu einem großen Teil schon mit Wohnhäusern, die von der Stadt errichtet worden sind, bebaut ist, wird jetzt die Fahrbahn fertiggestellt. Seit der vorigen Woche ist hier eine Dampfzange in Betrieb. Die Straße erhält kein Kopfsteinpflaster, sondern Asphaltbelag.

3. Musikkfest in Winterswyl. Wie bereits angekündigt, findet vom 26.—28. Juni in Winterswyl ein großes Musikkfest statt. Der Grenzübertritt zum Besuch der Veranstaltung ist frei, und zwar für Bocholt bei Barlo und bei Hemden. Eintrittskarten sind auch noch an der Grenze zu haben.

a. Weitere Hinausschiebung der Vermögenssteuervorauszahlung vom 15. Mai 1925. Mit Rücksicht darauf, daß der Entwurf des Vermögenssteuergesetzes vom Reichstag bisher noch nicht verabschiedet werden konnte, hat der Reichstag nochmals ein Initiativgesetz angenommen, nach dem die Erhebung der Vermögenssteuervorauszahlungsrate vom 15. Mai, die bereits durch ein Initiativgesetz bis zum 15. Juni hinausgeschoben war, nunmehr bis zum 15. August 1925 ausgesetzt wird. Die Vorauszahlung braucht also zurzeit nicht entrichtet zu werden.

a. Mißbrauch deutscher Fachleute im Auslande (England).
Im Frühjahr 1924 ging ein deutscher Werkmeister aus Solingen, Fachmann für Rasierklingen, nach England, um dort eine Fabrik für Rasierklingen einzurichten und die notwendigen englischen Arbeitskräfte anzulernen. Die Einreiseerlaubnis erhielt er auf Grund einer besonderen Genehmigung des englischen Arbeitsministeriums. Der Mann bildete sich ein, ein Werk der Menschensei zu verrichten, indem er in England eine Industrie schaffen half, die Tausenden englischer Arbeitsloser zu Arbeit und Brot verhelfen würde. Nach halbjährlichem Aufenthalt in England wurde ihm für weitere sechs Monate die Aufenthaltserlaubnis erteilt, dagegen konnte er es nur mit Mühe erweisen, daß seiner Braut die Einreise nach England schließlich bewilligt wurde. Jetzt steht er vor der ersten Frage, ob ihm und seiner Braut der Aufenthalt in England noch weiter gestattet werden wird. An eine ständige Niederlassung in England darf er nicht denken, nachdem er das, was von ihm erwartet wurde, geleistet hat. Den Engländern war es nur um die Fachkenntnisse für die Verpflanzung der Solinger Rasierklingenfabrikation nach England gegangen.

Anglo-Englands zu tun. — Im Juni 1923 ging ein deutscher Ober-Ingenieur nach England, um einer englischen Seidenweberei die ihm in seinem Beruf bekannt gewordene deutsche Fabrikationsmethode zu vermitteln und die benötigten englischen Facharbeiter darin zu unterweisen. Da sein Verfahren jetzt anscheinend allgemein bekannt ist, wurde ihm bedeutet, daß er auf eine weitere Erlaubnis zum Verbleib in England nicht mehr rechnen könne. — Die beiden Fachleute haben sich, anscheinend unbewußt, gegen die heimische Wirtschaft schwer vergangen, indem sie gebräute deutsche Fabrikationsmethoden nach dem Auslande verpflanzt haben und damit auch ihren Berufsstellen in Deutschland das Wasser abgruben. Andererseits haben sie sich dadurch nicht einmal eine dauernde Existenz geschaffen. Der Dank, den sie geerntet haben, besteht darin, daß sie nach gelatener Arbeit das Land zu verlassen haben. Den Auswandererberatungsstellen und vor allem den Berufsverbänden entsteht hier die erste Pflicht, solche Auswanderer nachdrücklich auf die Folgen ihres Vorgehens sowohl für ihre deutschen Berufsgenossen, wie auch für sich selbst aufmerksam zu machen.

4. **Förderung und Schutz der deutschen Bienenzucht.** Die Bienenzucht bringt dem deutschen Volke so viel ein, wie die gesamte Hochleischerei oder der Fünftel der Salzausfuhr aus der Vorkriegszeit. Die Landwirthschaft weiß, daß sie durch die befruchtende Tätigkeit der Bienen wertvolle Förderung hat, teilweise ganz von ihr abhängt. Diese Bienenzucht hat durch Fest-

ernten und Seuchenschäden einen schweren Schlag erhalten. Dazu hat Honiggällung und starke Einfuhr von Auslandshonig den Honigpreis so gedrückt, daß die Bienenzucht aufhört, lohnend zu sein. Deswegen hat der preussische Landtag und auch der deutsche Reichstag und in den letzten Tagen die Vereinigung der deutschen Umländerverbände besondere Maßnahmen zu Schutz und Förderung der deutschen Bienenzucht angeregt bezw. eingeleitet. Durch Polizeiverordnungen will man eine Ueberwachung des Gesundheitszustandes der Bienen erreichen und später ein eigenes Seuchengesetz schaffen. Durch gesetzlichen Schutz des Wortes „Honig“ und Kennzeichnung des Herkunftslandes will man den deutschen Honig gegen Fälschungen schützen und ihn in seiner besonderen schönen Eigenart gegenüber anderen Honigen schützen. Die Umler schaffen sich eine Selbstüberwachung der eigenen Honiggewinnung und des Honigverlaufes. Eine Bürgschaftsmare wird den Käufern Gewähr dafür gegeben, daß es sich um einen solchen überwachten Honig handelt. Wichtig ist angestrebt, in der Zollbehandlung Blumenhonig und Runkelhonig zu trennen und auf den Blumenhonig erhöhte Zoll zu legen. Honig ist ja nicht in erster Linie als Nahrungsmittel anzupreisen, sondern er ist ein Genuß- und Heilmittel. Es muß also alles getan werden, um seine Gewinnung im Lande selbst zu steigern und seine Reinheit zu verhüten. Wenn die geforderte staatliche Hilfe Gesetzgestalt bekommt, dann ist zu erwarten, daß die deutsche Bienenzucht erhalten bleibt, und daß es nicht nötig werden wird, noch größere Werte zur Beschaffung von Obst, Sommeren, Honig und Wachs ins Ausland gehen zu lassen, als bisher.

Auch mit begrenzten Mitteln kann man sich in den Besitz eines Gas-Bade-Apparates, sowie einer Wanne bringen und

der Mann
die Frau
das Kind



Können sich zu Hause bequemt und billig der schönsten Baderkur unterziehen. Durch den Zusatz von Kochsalz, Sulfidnadel-Erzkalk usw. Ausgaben von wenigen Pfennigen, können gute medicinische Bäder hergestellt werden. Jeden Tag ein Bad stärkt Leib und Seele, erhöht das körperliche Wohlbefinden, gibt geistige Spannkraft.

pr. Anhalt, 23. Juni. Cäcilien-Verein. Einen schönen Ausflug unternahm gestern der Anhalter Gesang-Verein „Cäcilia“ bei Beteiligung fast aller Mitglieder. Als Ziel hatte er sich die alte Herzogsdorf-Riede gewählt, deren Sehenswürdigkeiten eingehend besichtigt wurden. Wegen 9 Uhr langten die Ausflügler wieder hier an, und man trennte sich mit dem Bewußtsein, einen gnußreichen Tag verleben zu haben.

3. Abtheil. 23. Juni. Unfall. Bei der gestrigen Uebung der Feuerwehr riß auf noch nicht aufgeklärte Weise ein Tau, an dem sich ein älterer Feuerwehrmann herunterließ, in der Mitte entzwei, so daß dieser aus drei Meiter Höhe zur Erde stürzte. Er kam glücklicherweise mit einer Fußverletzung davon und wurde zu seiner Wohnung gebracht.

a. Dingden, 23. Juni. **Einwohnerzahl.** Nach der letzten Volkszählung vom 16. Juni hat die Gemeinde Dingden 2794 Einwohner, und zwar 1293 männliche und 1401 weibliche Personen. Bei der vorletzten Zählung am 8. Oktober 1919 wurden 2686 Einwohner gezählt. Die Gemeinde hat mithin seitdem einen Zuwachs von 108 Personen erlitten.

a. Borten, 24. Juni. Viehmarkt. Zu dem gestrigen Viehmarkt waren aufgetrieben: 355 Pferde und Fohlen, 53 Stück Kinnvieh, 704 alte und jüngere Schweine. Pferde 1. Qualität 800—1100 Mark, 2. Qual. 600—800 Mark, Fohlen 2-jährig 500—700 Mark, einjährig 400—500 Mark; Kinnvieh 1. Qual. 350—450 Mark, 2. Qual. 250—350 Mark, Ferkel pro Mutterkuhe 4—4,50 Mark, Pausenkuhe 45—60 Mark. — Der nächste Viehmarkt findet am 16. Juli statt.

* **Borten, 23. Juni.** Versuchter Kirchenraub. Am Sonntag Abend wurde durch das unethische Handeln des Kaufmanns Heinrich Bockmann ein Kirchenraub verhindert. B. bemerkte gegen 11 Uhr vor der Sakristeithür unserer Kirche zwei verdächtige Gestalten. Er warnte seinen Vater, der die beiden Personen im Auge behielt, während er selbst durch den Garten das Haus verließ, um Polizeibeamte zu holen. Er traf schließlich auf dem Marktplatz einen auf der Streife befindlichen Wachtmeister. Da im gleichen Augenblicke die beiden Personen auf den Marktplatz zurückkamen, verlangte der Wachtmeister etwaige Ausweise und führte die beiden, da diese nicht genügten, zur Wache, wo die Untersuchung ergab, daß die beiden Einbrecher mit Bleischnen und anderen Werkzeugen wohl versehen waren. Daß es sich um eine organisierte Einbrecherbande handelt, geht auch daraus hervor, daß B. gegen 1 Uhr beobachtete, wie eine Gesellschaft von sechs Männern aus der Mülse kommend sich langsam an der Sakristeithür vorbei zur Papengasse begab und dabei undurchsichtig bemerkbar machte, anstehenden Helfer, die, ihre Komplizen in der Kirche glaubend, den Raub abholen wollten. Da Alles für die große Prozession bereit stand, wäre den Einbrechern über manches Gut in die Finger gefallen. Vorläufig sind sie nun unschädlich gemacht.

* **Heiden, 23. Juni. Unfall.** Als der Knecht des Bandwirts B. am Samstag Morgen zu Anfang der Prozession mit der alten Mutter die Heimfahrt von der Kirche antreten mußte, schaute

pötzlich das Pferd, wahrscheinlich vor den Prozeßionsstaben, und fuhr mit dem Wagen in den Chausseegraben. Dabei wurde die alte Frau herausgeschleudert und geriet unter die Räder, wobei sie einige Rippenbrüche erlitt. Sie wurde in ein Nachbarhaus gebracht.

1. Erfolg der Rinderzucht des Kreises Rees. Auf der Landwirtschaftlichen Ausstellung in Stuttgart erhielt die Rindvieh-Stammzucht-Genossenschaft des Kreises Rees einen Staats-Ehrenpreis, einen 1. und zwei 2. sowie einen 3. Preis und eine lobende Anerkennung.

3. Empel, 23. Juni. **Pferde- und Vieh-Verkehr des Kreises Rees.**
Am Donnerstag, den 26. Juni, nachm. 1 Uhr findet hier auf der großen Wälderschen Weide eine Pferdeausstellung statt, die nach jeder Hinsicht äußerst interessant zu werden verspricht. Ungefähr 150 Tiere sind angemeldet worden. An Preisen stehen silberne und bronzene Medaillen der Landwirtschaftsammer und des Landwirtschaftlichen Vereins in Bonn zur Verfügung, außerdem viele Ehren- und Geldpreise. Die Tiere werden in drei Ringen vorgeführt, damit die Beurteilung durch die Preisrichter möglichst schnell durchgeführt werden kann. Die harte Zusammenfassung der Familiengruppen sowie der Koppeln, die zum ersten Male vorgeführt werden, wird sicher das Interesse der Besucher erwecken. Die Ausstellung darf als ein für alle Pferdeliebhaber sehenswertes Ereignis bezeichnet werden.

1. Miffingen, 23. Juni. **Schützenfest.** Am Sonntag und Montag feierte der Schützenverein Miffingen sein diesjähriges Schützenfest. Im Anfschluf an die Parade am Sonntag Nachmittags fand das Vogelschießen statt. Den Königsschuß tat der Schützenbruder Jo. Struementan, der sich Hr. Elisabeth Wolberg zur Königin ertor. Das Fest nahm trotz des trübten und zeitweilte regnerifchen Wetters in allen Theilen einen fchönen Verlauf.

* **Wesel**, 23. Juni. **Viehmarkt.** Zum gestrigen Viehmarkt waren aufgetrieben 684 Ferkel. Es kosteten die Alterswoche 4-6 Wochen 20-24, von 6-8 Wochen 24-30, von 8-13 Wochen 30-35 Mart; Läufer Schweine 40-50 Mart. Der Handel war lebhaft. Nächster Markt am 6. Juli.

:: R. B. „Weßfalia 03“ Bocholt. Am vergangenen Sonntag
 gelangte der dritte Lauf der Vereinsmeisterschaft zum Austrag.
 Pünktlich um 2,30 Uhr stellten sich dem Starter die gemeldeten
 Fahrer. Drei Kilometer nach dem Start erleidet Terwege Rad-
 defekt und wird zur Aufgabe gezwungen; in Dingden hat Roß-
 meier Kettenfaden, Lebbing muß den Reifen wechseln; in
 Ringenberg hat Mertens am Hinterrad Reifenschaden und muß
 wechseln; in Werth muß Sieverding einen kleinen Raddefekt
 beheben. Als der Spitzenreiter Buhhoff einen Kilometer vor
 ihm liegt, kann Sieverding wieder weiter fahren und es gelingt
 ihm am Kaisergarten Bocholt Buhhoff weder einzuholen.
 Mit vereinten Kräften beginnen beide die zweite Runde. In Loikum
 gelingt es Buhhoff noch einen kleinen Zwischenfall, seinem
 Rivalen Sieverding auszureißen; er strebt nun allein dem Ziel
 zu. Um 4,33,05 Uhr überquert Buhhoff als Sieger das Ziel-
 band. Ergebnis: 1. Buhhoff 2,03,05; 2. Sieverding 2,10,00;
 3. Burian 2,14,00. 1. Jugendpreis: Roßmeier 2,26,00. Das
 Rennwetter war gut. Leider wurden verschiedene Fahrer durch
 defekte zur Aufgabe gezwungen. Den Siegern nochmals ein
 fröhliches „Alles Heil!“
 Quack

1.: **F. E. Chamavia.** Am vergangenen Sonntag konnte die 1. Mannschaft die gleiche von der D. S. R. Hamborn mit 6:3 schlagen. Sofort nach Anstoß um 3 Uhr kommt Chamavia zum vor das gegnerische Heiligtum, ohne aber die Hintermannschaft überwinden zu können. Ein Eismeler führt zu keinem Erfolg. Kurz darauf aber fällt durch den Mittelstürmer Chamavias das erste Tor. Nachdem der Gegner eine Zeit lang gedrängt, kommt die Flügmannschaft durch ihren Linksaußen zum zweiten Erfolg. Bald aber können die Gäste den Vorprung auflösen und den Ausgleich erzielen. Vor der Halbzeit geht Chamavia durch ihren Halbdritten wieder in Führung. Nach der Pause zeigt sich ihre Ueberlegenheit noch deutlicher. Der Sturm belagert lange Zeit das feindliche Tor, ohne aber zum Toranschlag zu kommen. Die Gäste dagegen erhalten ganz überausend durch eine Ecke wieder den Ausgleich. Aber dann fallen in kurzen Abständen drei Tore für Chamavia, die das Resultat auf 6:3 stellen. Es gelingt Hamborn nicht mehr, die Niederlage zu verhindern.

Verantwortlich für den lokalen Teil: Dr. B. Schmitz-Bocholt,
für den lokalen Anzeigenteil: Joh. Kemps-Bocholt.

Vom Kyffhäuser-Technikum Frankenhäusen!

Von vielen deutschen technischen Mittelschulen rückt das Riffhäuser-Technikum mit seiner Eigenart, neben der üblichen Gebelung in die Abteilungen für zukünftige Maschinen- und Elektrotechniker seit einer Reihe von Jahren auch Sonderabteilungen für Landmaschinen und Luftfahrzeugbau zu pflegen, in den Vordergrund des Interesses. Das Riffhäuser-Technikum, das seit 23 Jahren unter der Leitung von Prof. Suppert steht, verdient Anerkennung dafür, daß es bemüht bleibt, den schwer zu behandelnden Lehrstoff dieser Fachgebiete in steter Fühlung mit den maßgebenden Kreisen und Behörden zweckmäßig zu erfassen und durch den Ausbau kostspieliger Versuchsanlagen und Labortorien wirksam zu gestalten. Es spricht für die Anerkennung solcher Bestrebungen, wenn der Herr Reichsverkehrsminister in seiner Entschlüsselung vom 19. Mai 1923 an drei Studierende der Luftfahrzeugbauabteilung am Riffhäuser-Technikum einen namhaften Stipendienbetrag verliehen hat. Das Wintersemester, für welches bereits Programme verfaßt worden, beginnt am 13. Oktober.



Dreiringwerke, Duisburg.

